



PLEITE AUF RATEN

Oder: Die guten Chancen mit Hilfe eines staatlichen „Insolvenzverfahrens“ für Banken, den Weg zu einem nachhaltigen Geldsystem zu finden.

Von Andreas Bangemann

Das Vertrauen in die Notenbanken, Geschäftsbanken und alle daran hängenden Finanzinstitute ist nachhaltig gestört. Die Vertreter der Finanzwelt waren die uneingeschränkten Herrscher über das Geld und nahezu jeder verließ sich auf ihre Kompetenz. Die Finanzmarktkrise belehrte alle eines Besseren. Menschliches Versagen und die Gier wurden schnell als die „Schuldigen“ ausgemacht, doch jeder spürt: Das kann nicht die ganze Wahrheit sein. Wir haben es nicht nur mit „toxischen Vermögenswerten“ zu tun, sondern mit einem System, das es ermöglichte, die gesamte Weltwirtschaft an den Rand des Ruins zu treiben - und wenn wir jetzt nicht einlenken – die Menschheit zu einem weiteren Kapitel fürchterlichen Leids durch Unruhen und Kriege.

Machen wir uns nichts vor: Nach geltendem Recht sind mit großer Wahrscheinlichkeit nahezu alle europäischen und nordamerikanischen Banken pleite, die im internationalen Geschäft tätig sind. Wandelnde tote Banken – „zombie banks“¹⁾ –, die nur noch durch Spritzen öffentlichen Geldes am Leben erhalten werden. Normalerweise müssten sie die Vermögenswerte auf der Aktivseite ihrer Bilanz real bewerten und das hieße hinsichtlich der vielen faulen Kredite und toxischen „Wert“-papiere, sie auf Null zu setzen oder zumindest drastisch nach unten zu bewerten. Den so entstehenden Verlust müssten die Banken durch Eigenkapital ausgleichen können, was angesichts deren Höhe nahezu ausgeschlossen ist. Dieser Tatbestand zwingt nach geltendem Recht zur Anmeldung der Insolvenz wegen Überschuldung.

Stattdessen werden die Banken durch staatliche Garantien für die vergifteten Vermögenswerte und durch finanziellen Ausgleich mit öffentlichen Geldern künstlich am Leben erhalten. „Frisches Geld“, das so dringend in der realen Wirtschaft gebraucht werden würde, können die Banken nicht bereit stellen, weil sie alle Mittel, die ihnen zufließen für den Ausgleich ihrer eigenen Bilanz brauchen.

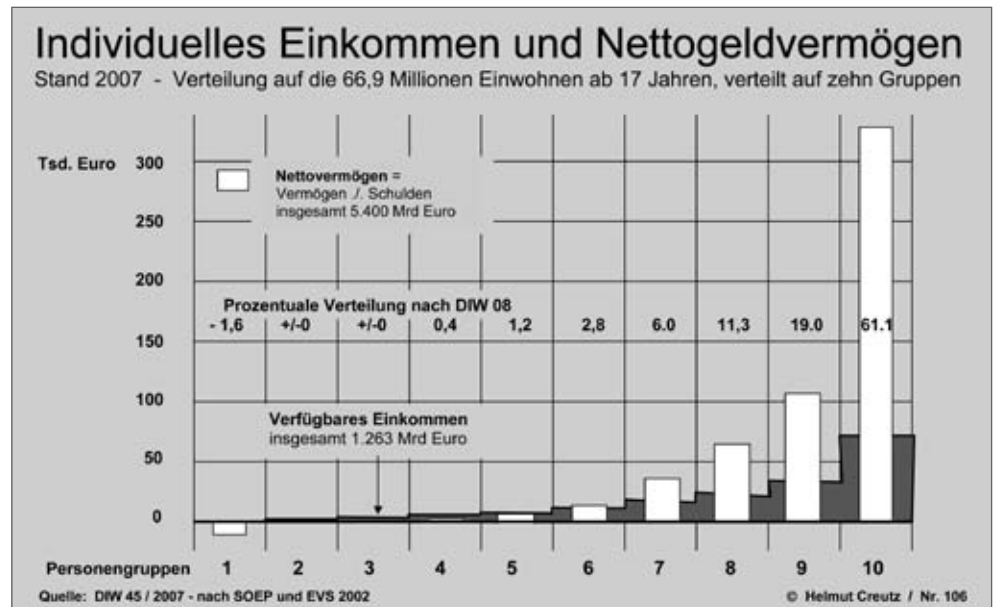
Die Lage der Banken ist deshalb so vertrackt, weil auf der Passivseite der Bilanz die Gläubiger der Banken auf die

volle Sicherung ihrer Einlagen vertrauen, was ihnen nicht zuletzt die Staaten – in Deutschland öffentlich und ausdrücklich durch die Bundeskanzlerin geschehen – zugesagt haben. Die Gläubiger der Banken haben Geldanlagen getätigt und in Finanzmarktpapiere investiert. Diese Investments sind fehlgeschlagen. Warum die Steuerzahler jetzt die Verluste tragen sollen, die eigentlich im Risiko der Anleger stehen, wäre eine Frage, die uns weiter bringen könnte. Sie wird nicht gestellt, weil angeblich das Funktionieren des gesamten Finanzsystems und damit der ganzen Wirtschaft auf dem Spiel steht. Doch ist das wirklich so?

Die Halter von Bankeinlagen und alle anderen Gläubiger der Banken zu retten und stattdessen ausschließlich die Steuerzahler zu belasten, wäre eine himmelschreiende Ungerechtigkeit.

Zwar sind die Anleger und Sparer wie ich nachfolgend noch aufzeigen werde, die Opfer eines Geldsystems, das am Ende gar nichts anderes als einen Zusammenbruch zulässt, aber sie sind dennoch diejenigen, die das Risiko eingegangen sind, ihr Geld anderen anzuvertrauen.

Die Gläubiger der Banken sind Bürger und Unternehmen, die ihr Ersparnis als Einlage zur Bank gebracht haben. Das taten sie einerseits im Glauben, dass die Bank es ihnen mit Zinsgewinn zurückgeben wird, andererseits aber auch



im Vertrauen auf die Wirtschaftskraft. Doch die reale Wirtschaft hat schon lange nicht mehr den Bedarf an frischem Kapital, wie es an den Finanzmärkten durch sich selbst alimentierende Geldvermögen in immer größerem Maße anwuchs. So entstanden „Finanzmarktprodukte“, von denen selbst Insider bis heute nicht alles wissen. Damit die Banken nicht gegen geltendes Recht verstoßen mussten, wurden unübersichtliche Firmenverschachtelungen erzeugt, in denen die riskantesten Geschäfte abgewickelt wurden, die sich aber letztlich dennoch aus Geldern der Anleger finanzierten. Einige Anleger haben auf Anraten ihrer Banken direkt in derartige Produkte investiert, andere indirekt, weil die Bank auf eigene Rechnung investiert hat. Die mit den Finanzpapieren angebotenen Produkte waren oft nur zum Schein mit realwirtschaftlichen Vorgängen gekoppelt. Selbst die als Auslöser der jetzigen Krise genannte Immobilienkrise in den USA ist dafür ein Beleg. Alle notleidenden Kredite zusammen genommen können nie und nimmer jene Summe ergeben, die jetzt als wertlose Vermögenswerte in den Bankbilanzen stehen²⁾. Der Grund dafür sind Kaskaden von „Finanzmarktprodukten“ – der treffendere Ausdruck wäre „Wetten“ – mit respekteinflößenden Namen wie beispielsweise „CDO – Collateralized Debt Obligation“, die auf das zu Grunde liegende reale Immobilienkreditgeschäft aufgesetzt wurden. Die Gewinne aus diesen Luftpapieren hätten nirgendwo anders herkommen können, als aus dem Kapitaldienst der Immobilienbesitzer in den USA. Dass dies unmöglich war, muss den Verkäufern der Wetten bewusst gewesen sein, ganz zu schweigen von der Gefahr, welche ein Ausbleiben des Zins- und Tilgungsdienstes durch die Kreditnehmer beinhaltet.

Vor allem aber hätte es den weltweit bis heute angesehenen und noch immer arbeitenden Bewertungsunternehmen und Ratingagenturen auffallen müssen. Auf deren Urteil, nicht auf ein eigenes Gesamtbild, haben sich viele Manager der Banken blindlings verlassen, als sie mit Milliardenbeträ-

gen in derlei Werte investiert haben. Man kann mit großer Gewissheit davon ausgehen, dass der internationale Finanzmarkt mehr einem Spielcasino gleicht, als einer Einrichtung, welche dazu dient, der realen Wirtschaft die Voraussetzungen für internationales Handeln zu schaffen. Der Umbau dieses Finanzmarktes muss parallel zu den Bemühungen um ein nachhaltiges Geldsystem politisch voran getrieben werden. Dennoch muss man den Akteuren zu Gute halten, dass sie Getriebene eines Geldsystems waren und noch sind, das eine wachsende, Anlage suchende Kapitalakkumulation erzeugt. Wenn sich dazu noch immense Verdienstmöglichkeiten für den Einzelnen gesellen, verliert man schon mal gerne das Ganze aus den Augen.

Die Angelegenheit muss in der Gegenwart bereinigt werden

Die „Regulierer“ in Politik und Wirtschaft führen immer wieder das Wort von der Unmöglichkeit im Munde, zukünftige Generationen mit den Fehlern von heute zu belasten und unverantwortliche Schulden in die Zukunft zu übertragen. Doch genau das tun sie.

Wenn man zu einer Zukunftslösung kommen will, dann geht kein Weg an der Tatsache vorbei, dass die Banken das Geld der Anleger in heute weitgehend wertlose Vermögensgegenstände gesteckt haben. Die Gläubiger der Banken müssen an der Reform des Geldwesens beteiligt werden. Das heißt nichts anderes, als dass sie auf Teile ihrer Geldvermögen für immer verzichten müssen. Dieses Szenario ließe sich von Seiten der Politik sozial ausgewogen gestalten.

Politiker nehmen hinsichtlich der Einlagensicherung immer gerne den „kleinen Anleger“ in Schutz. Das ist fadenscheinig, denn der kleine Anleger spielt in der Summe aller Einlagen nur eine Nebenrolle. Die Verteilung der Einlagen spiegelt natürlich auch die Verteilung der Geldvermögen in Deutschland und der westlichen Welt als Ganzes wider. >

Das bedeutet, die Schere von Arm und Reich bildet sich auch auf der Gläubigerseite der Banken ab. Wenigen milliarden- und millionenschweren Einlegern steht eine Vielzahl von Kleinanleger gegenüber. Doch die wenigen Superreichen schaffen es, mehr als 60% der Geldvermögen auf sich zu vereinen. Es ist doch klar, dass ein Milliardär, der mit dem Abzug seiner Einlage droht, eine Bank in erhebliche Schwierigkeiten stürzen kann. Am 10. Oktober 2008 haben „wichtige Kontoinhaber“ den englischen Banken mit dem Abzug ihrer Vermögen gedroht und alle englischen Banken standen vor dem Kollaps.³⁾ Ein „Run“ auf die Banken ist längst keine Massenveranstaltung mehr. Wenn die Massen beginnen zu laufen, ist in Wahrheit alles schon gelaufen.

Da Banken wie jedes andere Unternehmen, bzw. jeder Mensch überhaupt, auf Dauer nicht mehr ausgeben als einnehmen können, sitzen sie jetzt in der „Kreditklemme“. Das Geld der Anleger ist weg. Es ist in die faulen Kredite und wertlosen „Finanzprodukte“ investiert worden, die keine Rückflüsse, also Einnahmen für die Banken mehr erzeugen. Neue Anleger gibt es aufgrund des Vertrauensverlustes kaum noch. Im Gegenteil: verunsicherte Anleger entziehen zunehmend Geld ihren Bankkonten. Die Banken haben jetzt schlicht kein Geld, um neue, in der Realwirtschaft dringend benötigte Kredite auszugeben. Der Staat versucht mit Paketen und Schirmen den Banken aus dieser Klemme zu helfen. Doch damit stopft man bestenfalls Löcher und wirft gutes Geld dem schlechten hinterher. Von einer Belebung des Kreditgeschäftes zu Gunsten der Realwirtschaft ist man meilenweit entfernt.

Gläubigerschutz kann auch anders aussehen

Ist die Situation, an das eigene Geld zu kommen, aussichtslos und die Zahlungsunfähigkeit droht, ist man nach heute geltendem Recht nicht nur verpflichtet, den schmerzhaften Schritt in die Insolvenz zu gehen. Es kann sogar von großem Vorteil sein, wenn es darum geht, den Betrieb am Leben zu erhalten. Das heutige Insolvenzrecht ist in erster Linie auf den Erhalt des Unternehmens ausgerichtet. Aus diesem Grund tritt mit Einreichung der Insolvenz der sogenannte „Gläubigerschutz“ in Kraft. In den USA im neuerdings oft genannten „Chapter 11“ ebenfalls fest verankert. Dabei werden nicht etwa die Gläubiger des Unternehmens geschützt, sondern das Unternehmen vor den eventuell berechtigten Zwangsvollstreckungen ihrer Gläubiger. Ziel ist es, das Unternehmen fortzuführen. Dazu muss der Insolvenzverwalter das Unternehmen nach den entsprechenden Chancen einer Weiterführung beurteilen. Er wird versuchen, möglichst viele Forderungen von Kunden und Geschäftspartnern herein zu holen. Vor allem aber wird er versuchen, die Gläubiger von einem teilweisen Verzicht ihrer Forderungen zu überzeugen. Gelingt ihm dieses Kunststück und

das Unternehmen verfügt über eine gute Substanz in ihrem Kerngeschäft, dann ist es gerettet und kann befreit weiter machen, zum Wohle aller Beteiligten, selbst der „geprellten“ Gläubiger, denn sie haben die Chance auf neue Geschäfte gewahrt.

Würde der Staat in die Rolle des Insolvenzverwalters der Banken schlüpfen – was er im Grunde in Ansätzen schon tut, allerdings nicht mit den sonst üblichen Rechten eines Insolvenzverwalters – dann hätte er es in Händen, bei der Sicherung der Einlagen für soziale Ausgewogenheit zu sorgen. Beispielsweise könnte man die Einlagen bis zu einer gewissen Höhe komplett sicherstellen und ab dieser Höhe die Quote der Sicherung degressiv abfallen lassen. Das bedeutet, dass sich mit steigender Einlage der Anteil des geretteten Geldvermögens verringert und beispielsweise ein Milliardär nur noch 30 % seines Vermögens zurück bekommt, während der „kleine Anleger“ seine 50.000,- Euro komplett sicher hat.

Derzeit ist politisch so vieles möglich, was man noch vor einem Jahr niemals für möglich gehalten hätte (man denke nur an die Verstaatlichungs-Pläne oder die Enteignung von Bank-Anteilseignern), sodass der Ideenwettbewerb für Lösungen weder Grenzen noch Tabus kennen sollte. So gesehen ist weder ein wirksamer „Gläubigerschutz“ für den Zeitraum einer „Insolvenzbearbeitung“ ein unmögliches Unterfangen, noch die offenkundig erforderliche teilweise Rückführung über Jahre entstandener Ungleichgewichte bei der Vermögensentwicklung. Letztere droht in zunehmendem Maße unsere Gesellschaft zu zerbrechen.

Fazit: Ohne einen Kapitalschnitt, sprich eine Herabsetzung der Bewertung der Einlagen, wird es kein langfristig tragbares Zukunftskonzept für die Bankenwelt geben können.

Bilanzbereinigung

Nachdem die Gläubiger im Rahmen der staatlichen Insolvenzverwaltung zu einer Lösung „gezwungen wurden“, sehen die Bilanzen der Banken schon besser aus. Zwar sind noch immer die faulen Vermögenswerte in der Bilanz, aber wir haben die Verbindlichkeiten gegenüber den Anlegern auf ein Maß zurück geführt, das uns die weiteren Schritte leichter macht. Als nächstes transferieren wir die zweifelhaften Vermögenspositionen zu einem zu diesem Zeitpunkt marktgerechten Preis aus den Banken in eine staatliche „Auffanggesellschaft“ – meinetwegen sagen wir „Bad Bank“ dazu.

In den Banken besteht nach der Herauslösung der schlechten Vermögenspositionen vermutlich noch immer Bedarf an einer Eigenkapitalstärkung. Auch dabei muss der Staat einspringen, was aber schon deshalb Sinn macht, weil er dadurch seinen Einfluss in der Übergangsphase auf dem Weg zu einer Normalisierung des Finanzgeschehens



PLEITE AUF RATEN

und der Ankurbelung der Wirtschaft beibehält und weiter steuernd und ordnend eingreifen kann. Jedoch auch das wieder gestärkte Eigenkapital gibt den Banken im Hinblick auf neue Kreditvergaben für die Realwirtschaft noch immer keinen ausreichenden Spielraum. Um sie wieder in die Lage zu versetzen, dass Kredite an die reale Wirtschaft ausgereicht werden können, muss zusätzliches Geld bereit gestellt werden. Wo kann dieses Geld herkommen?

Die Anleger sind beschnitten worden und können in der weiteren Zukunft bestenfalls dazu motiviert werden, wieder Spareinlagen zu bilden und bereit zu stellen. Doch das braucht Zeit. Zu viel Zeit, um die Wirtschaft schnell wieder in Gang zu bringen. Eine Erhöhung der Staatsverschuldung würde bedeuten, dass Geldanleger zum Kauf von Staatsanleihen gebracht werden müssten. Ebenfalls ein schwieriges Unterfangen, wenn man bedenkt, dass der Staat soeben die Mittel der Anleger „gekürzt“ und damit sicher nicht für eine positive Stimmung gesorgt hat. Doch eine Lösung bietet sich jetzt an, die in den USA, unter viel gefährlicheren Voraussetzungen bereits angedacht wird.⁴⁾ Während der Aufkauf von Staatsanleihen durch die Notenbanken in der jetzigen Verfassung der Bankenwelt eine immense Inflationsgefahr bedeutet, weil dadurch neues Geld geschöpft wird, würde es in unserem Falle durch die voraus gegangene Kürzung der Einlagen nur eingeschränkt zu dieser Gefahr kommen. Der Staat würde sich über die Zentralbanken verschulden (nichts anderes bedeutet der Verkauf von Staatsanleihen an die Zentralbank), welche das dazu benötigte Geld schöpfen würden. Der Staat könnte diese Mittel nun den Banken zur Verfügung stellen. Dabei würde der Staat diese Einlagen mit der Maßgabe verbinden, dass das Geld ausschließlich zur Kreditvergabe an die reale Wirtschaft verwendet werden darf und nicht etwa wieder zum Kauf von „Luftschlössern“ am internationalen Finanzmarkt. Der Staat könnte in der sicher nicht leichten Übergangsphase zu einem normalen Wirtschaftsgeschehen diese Einlagen auch mit Kreditausfallbürgschaften verbinden.

Schlussfolgerung

Mit der hier vorgestellten – nur in ihren Ansätzen aufzeigbaren – Insolvenzverwaltung bestünden gute Chancen, die jetzt wichtigsten Wirkungen zu erzielen:

- 1.) Kurzfristig die Wiederankurbelung der Wirtschaft durch aktive Krisenbekämpfung;
- 2.) mittel- und langfristig die Neuordnung des Finanzsektors und die Eindämmung der giergetriebenen Auswüchse durch falsche Anreizsysteme;
- 3.) der Gerechtigkeit genüge getan zu haben, in dem man diejenige am stärksten belastet, die vom bisherigen System am meisten profitiert haben;
- 4.) die Gefahren der unerfüllbaren Verpflichtungen an zukünftige Generationen weitgehend eingedämmt zu haben.

Das Wichtigste zum Schluss

Die hier aufgezeigte Lösung macht nur Sinn, wenn auch in Zukunft keine irrealen Blasenbildungen mehr geschehen können und ein steter Geldumlauf in der Wirtschaft sicher gestellt werden kann, auch bei Zinsen nahe Null, welche zwangsläufig Ausdruck einer Lage mit gesättigten Märkten ist. Dafür wird der Staat nicht umhin kommen, das Geld mit Hilfe von Gebühren im Wirtschaftskreislauf zu halten. Wenn alle politischen und gesellschaftlichen Ziele erreicht sind, das Geld dienend in der Wirtschaft umläuft, die Inflation beseitigt wurde, leistungslose Einkommen durch Zinsen nicht mehr zu wachsenden und ungerechten Vermögensungleichgewichten und in der Folge zu Spekulationsblasen führen können, dann ist der Zeitpunkt gekommen, an dem der Staat die Banken wieder in ein durch Regeln und Gesetze geformtes privates Umfeld entlassen kann. Vielleicht ist bei dieser erneuten „Privatisierung“ sogar ein Gewinn erzielbar, der eine Rückführung der eingesetzten Mittel möglich macht. Da ein Zinsniveau nahe Null durch eine Geldreform gegeben wäre, könnte sich der Staat auch wieder von seinen Schulden durch Tilgungen befreien, denn er braucht ja keine nennenswerten Mittel für die Zinslast mehr.

Wenn alle politischen Anstrengungen transparent eine Lösung präsentieren, die einen Neustart der Wirtschaft zum Ziel hat, von dem am Ende alle wieder profitieren, dann wird das auch auf eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen.

Wenn es uns nicht gelingt eine tragbare Zukunftslösung darzustellen, bewegen wir uns nur noch von Krise zu Krise und von einem Zusammenbruch zum nächsten, mit immer ruinöseren Folgen. Das ist des Menschen unwürdig. ■

Anmerkungen:

- 1) Willem Buiter, renommierter Professor an der London School of Economics, war im Board der Bank of England, berät Goldman Sachs, HSBC 9.2.09 in seinem weblog
- 2) Am 29.1.2009 hat der Internationale Währungsfond seine Schätzung vom November 2008, was die „schlechten Vermögenspositionen (bad assets)“ angeht, von 1,4 Billionen Dollar auf 2,2 Billionen Dollar angehoben. Auch war nicht mehr die Rede von „toxischen“ Vermögenspositionen, sondern bereits von „schlechten“.
- 3) Daily Mail vom 24.1.2009 „Revealed - Day the banks were just three hours from collapse“
- 4) „US-Notenbank gibt sich Lizenz zum Geld drucken“ in WELT vom 29.1.2009